

Ressort: Finanzen

Schweizer Finanzbehörden weisen Vorwurf des Steuerprangers zurück

Zürich, 29.05.2015, 07:29 Uhr

GDN - Die Schweizer Finanzbehörden weisen den Vorwurf zurück, ausländische Steuersünder im Internet an den Pranger zu stellen. Die Veröffentlichung sei gesetzlich als letztes Mittel vorgeschrieben, damit Betroffene ihr rechtliches Gehör wahrnehmen könnten, sagte Thierry Li-Marchetti von der Eidgenössischen Steuerverwaltung dem Nachrichtenmagazin "Focus".

Bei Amtshilfeersuchen aus dem Ausland würden "Informationsinhaber" wie Banken und Treuhänder um Kontaktaufnahme zu den Betroffenen gebeten. "Wenn dies nicht möglich ist, dann fragen wir die ersuchende Behörde nach der Bewilligung, sie direkt im Ausland kontaktieren zu dürfen. Erst wenn dies abgelehnt oder unmöglich ist, werden die betroffenen Personen mittels Publikation im Bundesblatt informiert." Die Schweiz hat 2014 mit 2.791 Fällen doppelt so viele Amtshilfeersuchen aus dem Ausland erhalten wie in den beiden Vorjahren, berichtet das Magazin.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-55297/schweizer-finanzbehoerden-weisen-vorwurf-des-steuerprangers-zurueck.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619